Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.02.2021 **Drucksache 18/13475**

Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Linke Gewalt – Vormarsch stoppen! III

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts zunehmender linker Gewalt sich dafür einzusetzen, gemeinnützige Vereine, die extremistische Ansichten vertreten oder teilen oder linksextremistische Personen oder Gruppierungen finanziell oder politisch unterstützen, diese fördern oder schützen, auf ihren Anspruch der Gemeinnützigkeit zu prüfen und diesen gegebenenfalls abzuerkennen.

Begründung:

Seit Jahren wird eine steigende Zahl an Linksextremisten und eine zunehmende Radikalisierung des linken Spektrums verzeichnet. Besonders die autonome Szene, als die wohl bekannteste Subkultur im Linksextremismus, fällt in diesem Zusammenhang negativ auf[1]. Neben dem Ziel, den Kapitalismus zu bekämpfen und zu beseitigen, steht auch die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates auf ihrer Agenda[2].

Trotz unterschiedlicher Ansichten der ideologischen linken Gruppierungen in Deutschland und Europa, kam es in den vergangenen Jahren europaweit vermehrt zu grenzüberschreitender Vernetzung radikaler Organisationen, die sich gegen Andersdenkende und das politische Establishment richteten. Diese Verknüpfung radikaler Gruppierungen hat zu einer massiven Erhöhung der Schlagkraft linker Extremisten geführt, welche sich beispielsweise durch erschreckende Ausschreitungen während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg gezeigt hatten. Unter dem Motto „Welcome to Hell“ kamen damals mehr als 10 000 gewaltbereite, meist vermummte Linke zusammen, um den demokratischen Repräsentanten durch Krawalle, Sachbeschädigung und Angriffe gegen Polizisten, ihre meist undefinierten und unausgereiften Ansichten aufzudrängen[3].

Vereine wie die Rote Hilfe e. V. bieten linksextremistischen Straf- und Gewalttätern finanzielle und politische Unterstützung an, nicht etwa, um die Straftäter zu resozialisieren und in das gesellschaftliche Gefüge zurückzuführen, sondern um gewaltbereite Linksextremisten im Kampf gegen das politische System zu stärken. Die Unterstützungen zeigen sich dabei meist in Form von finanziellen Zuwendungen für Prozess- und Anwaltskosten, jedoch unter der Bedingung, vor Gericht die Aussage zu verweigern, um somit die linke Szene vor Ermittlungen der Sicherheitsbehörden abzuschotten[4].

---

1 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39534/umfrage/entwicklung-deslinksextremismuspotenzials-in-deutschland/

2 https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/261924/linksextremisten-in-bewegung

3 https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/265349/die-internationale-vernetzung-von-linksextremisten

4 https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2019_bf.pdf

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Gleichzeitig profitiert der Verein jedoch von den vielen Vorteilen der Gemeinnützigkeit und wird somit indirekt staatlich gefördert.

Die Faszination junger Menschen am linksextremen Milieu beruht weniger auf der Ideologie als vielmehr auf dem Identifikationsgefühl, das von diesen Gruppen und deren Wohltätern ausgeht[5]. Es ist daher an der Zeit, entschlossen gegen linke Gewalt vorzugehen und Unterstützern linksextremer Straf- und Gewalttätern den Boden zu entziehen. Dadurch werden die Attraktivität und das Identifikationsgefühl des linksextremen Milieus reduziert und die rechtsstaatliche Strafverfolgung gestärkt.

[5] https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/265349/die-internationale-vernetzung-von-linksextremisten